Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

[illegible] Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auererzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1996

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 15 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 20 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 50 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Nr. 117 — Dienstag, den 20. Mai 1924 — 19. Jahrgang

Die Niederlage in Hannover.

Die Vorabstimmung in Hannover hat mit einer schweren Niederlage der deutsch-hannoverschen Partei geendet. Anstelle des einen Drittels, das erforderlich gewesen wäre, um einen Volksentscheid zu ermöglichen, hat sich nur ein Viertel der Wahlberechtigten in der Vorabstimmung für einen solchen Volksentscheid ausgesprochen. Eine Abstimmung über die Loslösung der fünf Regierungsbezirke der Provinz Hannover aus Preußen wird also nicht stattfinden. Die Zahl der Wähler, die für einen Volksentscheid eingetreten sind, und von denen man daher annehmen muß, daß sie gegebenenfalls in der entscheidenden Abstimmung für ein selbständiges Niedersachsen eingetreten wären, ist um ein Drittel größer als die Zahl der Protestler, die bei der Reichstagswahl für die deutsch-hannoversche Partei gestimmt haben. Diese Mehrstimmen stammen wohl aus allen Parteilagern. Die Rechtsparteien, in erster Linie der Reichslandbund und die Deutschvölkischen, haben aus durchsichtigen parteitaktischen Gründen eine endgültige Stellungnahme vermieden. Unter den Sozialdemokraten waren welfische Neigungen keineswegs so selten wie von der Parteileitung behauptet wird. Sie fanden sich recht zahlreich unter denjenigen Arbeitern, die infolge des Anerbenrechtes von der Scholle verdrängt waren, trotz ihrer Industrialisierung aber mit den Verwandten auf dem flachen Lande noch Gemeinschaft hatten. Der Hauptzustrom ist sicherlich aus den Kreisen des Zentrums geflossen, das ja schon seit Windhorsts Zeiten mit den Deutschhannoveranern verpattert war, und dem bis zum Jahre 1909 deutschhannoversche Abgeordnete regelmäßig als Hospitanten beitraten. Der geringste Teil der Ja-Stimmen stammt aus demokratischen Kreisen. Schon vor dem Kriege waren allerdings zahlreiche Deutsch-Hannoveraner zu den Linksliberalen übergegangen. Durch die Demokratisierung des Reiches ist für diese der Grund zum Protest fortgefallen, der bei ihnen nicht zum geringsten Teil auf der Abneigung gegen das reaktionäre Preußen beruhte. Die stärkste Zunahme zeigen die deutsch-hannoverschen Stimmen, in dem zu zwei Fünftel katholischen Osnabrück und in Hannover-Land. Die Zunahme dort ist aus dem Eintreten des namentlich in Arbeiterkreisen überaus beliebten früheren Zentrumsabgeordneten Pfarrer Dr. Maxen herzuleiten. Bei dieser Sachlage taucht die Frage auf, ob die jetzigen deutsch-hannoveranischen Abgeordneten nicht ehrenhalber verpflichtet sind, ihr rein protestlerisches Mandat niederzulegen, nachdem das Volk sich dem Protest nicht angeschlossen hat.

Die Deutsch-Hannoveraner haben versprochen, sich vor dem Ergebnis der Abstimmung zu beugen. Allerdings hatten sie sich bereits vor der Abstimmung eine Hintertür offen gelassen, als sie gegen angebliche amtliche Beeinflussung durch preußische Regierungsstellen protestierten. Das Ergebnis ist aber so unanfechtbar klar, daß der Bewegung der Boden entzogen ist. Wenn die Führer nicht die notwendige Folgerung aus der Niederlage ziehen, wird der gesunde Sinn der Bevölkerung den Spuk verscheuchen, der ein halbes Jahrhundert lang das Land nicht zur Ruhe kommen ließ. Denn an eine Wiederholung der Abstimmung ist zunächst nicht zu denken. Ein neuer Antrag müßte von einem Viertel der Wahlberechtigten, d. h. von fast allen, die sich diesmal in der Abstimmung mit „Ja" entschieden haben, beantragt werden. Dazu kommt, daß auf Grund einer Notverordnung nach dem Ermächtigungsgesetz eine erhebliche Kaution gestellt werden muß, die bei einem negativen Ergebnis verfällt, ein Risiko, das auch die schwerreichen Cumberländer nicht werden auf sich nehmen wollen. Zu den normalen Bedingungen des Artikels 18 der Verfassung ist aber ein Abstimmungsantrag erst nach 10 Jahren wieder zulässig.

Ein deutsch-französischer Zwischenfall.

Ein Franzose auf deutschem Boden angeschossen.

Frankfurt, 17. Mai. Ueber den Zwischenfall in Schmitten gibt das dortige Bürgermeisteramt folgende Darstellung: Am Donnerstag zwischen 7 und 8 Uhr erschienen an dem diesseits der Grenze des besetzten Gebietes gelegenen Weiher von Schmitten zwei französische Soldaten um dort zu fischen. Sie führten dazu eine Büchse mit Sprengstoff mit sich. Der Förster, der den Vorgang von seinem in der Nähe befindlichen Haus beobachtete, gab den beiden Soldaten zu verstehen, daß dies nicht statthaft sei. Nach dieser Aufforderung forderte der Förster, als die Soldaten nicht Folge leisteten, diese nunmehr zum sofortigen Verlassen des Gebietes auf. Hierauf zog der eine Soldat ein Messer aus der Tasche und ging auf den Förster los, auf dessen Hilferufe zwei Bewohner aus Schmitten und der Sohn des Försters herbeieilten, der aus seinem mit Schrot geladenem Gewehr zwei Schüsse auf die Soldaten abgab. Während der eine Soldat auf der Chaussee in das besetzte Gebiet flüchtete, zog sich der Verwundete durch den Wald über die Grenze zurück. Gestern ersuchte der französische Delegierte von Königstein den Bürgermeister von Schmitten, ihm Aufklärung über den Vorfall zu geben, andernfalls Schmitten besetzt werden würde. Der Bürgermeister gab den französischen Behörden ein klares Bild über die Sachlage, wie sie nach den Zeugenaussagen festgestellt ist. Ein einwandfreier Beweis, daß sich der Vorfall auf unbesetztem Gebiet abgespielt hat, konnte dadurch beigebracht werden, daß Spuren des Einschlages des Schrotes in einen Baum festgestellt werden konnten. Demgegenüber verbreiten französische Blätter die Nachricht, daß sich der Vorgang im besetzten Gebiet abgespielt habe, und zwar sei eine aus zwei Soldaten bestehende Patrouille von sechs Deutschen, darunter dem Sohn des Försters, aus dem Hinterhalt überfallen worden.

Neue Gewaltmaßnahmen gegen Düsseldorf.

Beschlagnahme wichtiger Gebäude.

Düsseldorf, 19 Mai. Bekanntlich hat sich die Stadtverwaltung geweigert, eine von den Franzosen neuangeforderte Artilleriekaserne zu erbauen, da das Reich nicht gewillt war, die Kosten dieser Kaserne zu tragen. Der Stadt war aufgegeben worden, trotzdem am 17. Mai mit dem Bau zu beginnen, widrigenfalls die Spitzen der Stadtverwaltung und auch die Fraktionsmitglieder der Stadtvertreter verhaftet werden sollen. Der Bau ist am 17. Mai nicht begonnen worden. Infolgedessen sind die Franzosen dazu übergegangen, zunächst eine Reihe wichtiger Gebäude zu beschlagnahmen. Es sind dies das neuerbaute Werk der Rheinmetallwerke, die Reitbahn der Polizei in der Cäcilienallee, sämtliche seinerzeit für die Schupo errichteten Wohnungen, insgesamt 145, der Konzertsaal des Zoologischen Gartens und verschiedene andere große Säle. — Die Franzosen haben in den letzten Tagen eine größere Reihe neu ausgehobener Rekruten nach Düsseldorf gebracht.

Französische Willkür.

Landau (Pfalz), 19. Mai. Wegen Paßvergehens und angeblich gegen die Sicherheit der Besatzungstruppen gerichteter Spionage wurde die in Ludwigshafen verhaftete Lehrerin Hermina Schmitt aus München vom Kriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Mainz, 19. Mai. Wie „Echo de Rhin" meldet, sind die deutschen Begnadigungsanträge für die verurteilten Hauptschuldigen im Düsseldorfer Schupoprozeß vom Präsidenten Millerand abgelehnt worden.

Die auffällige Häufung der Flugunfälle in Eger.

Nur Flugzeuge französischen Ursprungs sind verunglückt.

Die zahlreichen Flugunfälle, die auf dem Egerer Flugplatze vorgekommen sind, veranlassen die „Egerer Zeitung", von der tschechoslowakischen Regierung Aufklärung über die Ursachen zu fordern. Das Blatt vermutet, daß entweder im Zusammenhange mit der bekannten Benzinaffäre, die sich vor einiger Zeit in den militärischen Kreisen der tschechoslowakischen Republik ereignete, unbrauchbarer Brennstoff zur Verwendung gekommen ist, oder aber, daß es sich um minderwertiges Flugmaterial handelt, das den Tschechen von ihren französischen Verbündeten geliefert worden ist. Das Blatt hebt ausdrücklich hervor, daß nur mit Flugzeugen französischen Ursprungs Unfälle vorgekommen seien, während die deutschen Fabrikate keine Unfälle zu verzeichnen hätten.

Landfriedensbruchsverfahren gegen zwei kommunistische Reichstagsabgeordnete.

Unter den in Fürstenwalde bei Berlin festgenommenen Kommunisten befinden sich auch zwei kommunistische Reichstagsabgeordnete. Es soll gegen sie ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet werden wenn das Parlament seine Zustimmung dazu erklärt. Ferner wird gegen 75 weitere dort festgenommene Kommunisten ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs, ferner wegen Aufreizung zu Gewalttaten, Körperverletzung usw. eröffnet werden.

Des weiteren wird berichtet: Die Polizei hat auch ein kommunistisches Programm beschlagnahmen können aus dem hervorgeht, daß ohne scharfes Eingreifen der Behörden ernste Zusammenstöße unausbleiblich gewesen wären. In dem Programm heißt es wörtlich, daß die kommunistischen Teilnehmer gegen die Faschistenbanden mit allen Mitteln vorgehen. Nur durch den Einsatz der starken Polizeikräfte war es möglich, die geplanten kommunistischen Streiche zu verhindern.

Ziviler Ausnahmezustand und Regimentsfeiern.

Berlin, 19. Mai. Der „Vorwärts" erklärt, daß heute im Reichsratssitzungssaal im Laufe des Tages eine Besprechung von Vertretern des Innenministeriums und der Länder stattgefunden habe. Die Besprechung habe der Anwendung des zivilen Ausnahmezustandes in Bezug auf die von den „Rechtsradikalen" in der letzten Zeit veranstalteten Regimentsfeiern usw. gegolten.

Eine parlamentarische Anfrage wegen der Unruhen in Halle.

Die Vorgänge in Halle anläßlich der Wiederaufrichtung des Moltkedenkmals hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion zum Gegenstand einer großen Anfrage gemacht, in der es heißt:

„Warum hat das Staatsministerium die Versammlungen unter freiem Himmel in Halle am 11. Mai genehmigt, während alle entsprechenden Veranstaltungen der Arbeiterschaft am 1. Mai ausnahmslos verboten worden sind?

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um für die Zukunft zu garantieren, daß in Preußen wie bisher die öffentliche Ordnung gegen alle Propagandisten des Bürgerkrieges unbedingt sichergestellt wird?

Ist das Staatsministerium bereit, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß bei der Handhabung der polizeilichen Befugnisse nicht wieder, wie in diesem Fall, verschiedene Bevölkerungsteile mit verschiedenem Maß gemessen werden?"

Neuer Konflikt mit Rußland.

Wie die Berliner Blätter melden, hat noch Sonnabend abend der in Berlin gebliebene erste Sekretär der russischen Gesandtschaft im Auswärtigen Amt einen scharfen Einspruch erhoben gegen die polizeiliche Durchsuchung der Privatwohnung eines Mitgliedes der exterritorialen russischen Handelsvertretung. Diese Durchsuchung hatte bekanntlich zur Wiederverhaftung des geflüchteten Kommunisten Bozenhardt geführt. Damit ist neben dem ersten ein zweiter Konflikt mit Sowjetrußland geschaffen worden.

Eine unerhörte Forderung.

Laut einer Timesnachricht aus Moskau will die Sowjetregierung den deutsch-russischen Zwischenfall dazu benützen, um die freie Einfuhr kommunistischer Propagandaliteratur in Deutschland zu erreichen. Die „Prawda" schreibt, daß ohne diese Genugtuung der Botschafter nicht nach Berlin zurückkehren würde.

Die „Morningpost" meldet aus Hull: Auf einem hier eingelaufenen finnischen Dampfer wurden mehrere Kisten bolschewistischer Revolutionsaufrufe an die englischen Arbeiter beschlagnahmt. Dem Premierminister wurde sofort Bericht erstattet.

Englands Handel unterstützt die deutsche Emissionsbank.

Der Rotterdamsche „Courant" meldet aus London: Der beratende Ausschuß der britischen Handelskammern schlug der Regierung in einem Memorandum vor, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die im Expertengutachten Dawes vorgesehene deutsche Emissionsbank zu unterstützen.

Fortdauernder Briefwechsel Poincare—Macdonald.

Der ständige Schriftwechsel, der weiterhin zwischen Poincare und Macdonald andauert, scheint in linksstehenden französischen Kreisen, die Befürchtung erregt zu haben, daß Poincare die ihm noch verbleibende Amtszeit dazu benutzen könnte, die französische Politik in wichtigen Fragen festzulegen. Durch offizielle Information des „Daily Telegraph" wird diese Pariser Besorgnis beruhigt mit dem Hinweis, daß Macdonald schon dafür sorgen werde, daß die folgende Pariser Regierung nicht den Weg versperrt finden würde. In diesem Zusammenhang wird angedeutet, daß Poincare auch bei seinen letzten diplomatischen Schritten durchaus an seiner alten Politik festhielt, besonders hinsichtlich der Räumungsfrage von Ruhr und Rhein.

Kundgebung der deutschen Industriellenvereinigung.

In Berlin fand eine öffentliche Kundgebung der deutschen Industriellenvereinigung statt, die sich bekanntlich vom Reichsverband der Industrie abgespalten hat, weil sie von der Annahme des Sachverständigengutachtens schwerste Schädigungen der deutschen Wirtschaft befürchtet.

Der Einberufer, Fabrikbesitzer Möller-Berlin, eröffnete die Versammlung, und betonte, daß die Industriellenvereinigung in keiner Weise parteipolitisch eingestellt sei. Als ihr